



Wir sind #unteilbar!

Die rechtsextremen Ausschreitungen der letzten Wochen in Chemnitz und Köthen sind beängstigend. Aus einem marodierenden Nazi-Mob heraus wurden Hitlergrüße gezeigt, Journalist*innen angegriffen und vermeintlich anders aussehende Menschen durch die Stadt gejagt. Ein jüdisches Restaurant wurde attackiert; Geflüchtete verlassen aus Angst das Haus nicht mehr. Der öffentliche Schulterchluss, den die AfD bei den Demonstrationen mit Neonazis und PEGIDA vollzogen hat, ist dabei leider nicht überraschend.

Neu ist jedoch die Menge an Menschen, die sich für rechte Stimmungsmache mobilisieren lässt, und die Geschwindigkeit, mit der Menschenfeindlichkeit salonfähig wird. Und kreuzgefährlich ist, wie Vertreter*innen der bürgerlichen Mitte das relativieren und verharmlosen. Vom sächsischen Ministerpräsidenten, über den ehemaligen Chef des Verfassungsschutzes Maaßen bis zu Innenminister Seehofer: Sie alle bedienen den rechten Diskurs und leisten den Forderungen der AfD Vorschub.

Man bekämpft diese gefährliche Entwicklung aber nicht, indem man ihr Verständnis

entgegenbringt. Zugeständnisse machen die Rechten nur stärker. Bei Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit darf nicht weggesehen, sondern muss widersprochen und aufgeklärt werden.

Es macht Hoffnung, dass es viele Menschen gibt, die genau das tun: Ob das kurzfristig organisierte „Wir sind mehr“-Konzert in Chemnitz oder alle, die sich tagtäglich auf den Dörfern den Nazis entgegenstellen. Neue Bündnisse und Bewegungen haben sich gebildet; Tausende zeigen bei der Seebücke ihre Solidarität mit Geflüchteten. Und bei der Großdemonstration #unteilbar gehen am 13. Oktober hunderte Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen gemeinsam in Berlin für eine solidarische und offene Gesellschaft auf die Straße. Wir Demokrat*innen dürfen nicht dabei zusehen,



wie verschiedene Bevölkerungsgruppen gegeneinander ausgespielt werden.

Udo Wolf
Vorsitzender
Linksfraktion Berlin

> „Wir sind der Kiez“

Hoffnung gibt es für die Mieter*innen in der Gleimstraße 56. Im Milieuschutz-Kiez rund um den Falkplatz hat der Bezirk sein Vorkaufsrecht ausgeübt.

Weiter auf Seite 3

> Tram hat Vorfahrt

Längst ad acta gelegte Pläne für einen U-Bahnbau von der Osloer Straße nach Pankow werden wieder rausgekratzt. Dabei sind Straßenbahnen viel billiger und schneller zu bauen.

Weiter auf Seite 5

> Kostenloser ÖPNV

Auch die Kinder, die auf Sozialleistungen angewiesen sind und weniger als einen bzw. zwei Kilometer von der Schule weg wohnen, sollen zukünftig das kostenlose Schülerticket erhalten.

Weiter auf Seite 6

> **Bürgerhaushalt**

Auf Initiative von LINKEN und SPD soll das Bezirksamt ein Verfahren entwickeln, damit ab 2020 ein Bürger*innenbudget in die Haushaltspläne eingearbeitet werden kann. „Andere Kommunen zeigen beispielhaft wie Bürger*innenbeteiligung durch Mitbestimmung über den Haushalt gefördert werden kann“, so der Vorsitzende der Linksfraktion, Matthias Zarbock.

> **Kita-Tauschbörse**

Auf Antrag der Linksfraktion soll sich das Bezirksamt beim Senat für die Einrichtung einer Tauschbörse für Kitaplätze einsetzen. „Eine solche Tauschbörse ermöglicht Eltern, die aufgrund eines Wohnort- oder Arbeitsplatzwechsels einen Kitaplatz suchen, einen solchen mit anderen Eltern zu tauschen“, so Paul Schlüter, kinder- und jugendpolitischer Sprecher der Linksfraktion.



> **Schönhauser Allee**

Grüne, SPD und Linke haben das Bezirksamt aufgefordert, sich bei der Senatsverwaltung für eine Verlegung des Radwegs auf der Schönhauser Allee zwischen Stargarder und Wichertstraße auf die rechte Fahrspur einzusetzen. Dort parken bisher Autos. Der bisherige Radweg soll Gehweg werden.

Einladung BVV-Sitzung

am 17. Oktober 2018

> **19. Tagung der BVV Pankow**
17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal,
in der Fröbelstraße 17

Von Mauerpark bis Geldsegen

Aus der 18. Tagung der BVV vom 12. September

Zu Beginn der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wies die Nachbarschaftsinitiative des Mauerparks auf Konflikte zwischen der Nutzung der beliebten Grünanlage und dem berechtigten Interesse an der Verträglichkeit der Nutzung für die Nachbarn hin. Der

zur räumlichen Verlagerung und damit Sicherung der Bogenschießanlage auf der Sportanlage Rennbahnstraße positiv entschieden. Ebenso der Antrag, bei dem es um das Zusammenwirken von Ordnungs- und Sozialdiensten im Um-



Eine der letzten Freiräume im Bezirk: Der Mauerpark

Mauerpark ist für Berliner*innen und Menschen aus aller Welt ein Anziehungspunkt. Viele Musiker*innen treten dort auf; Nachbarn beschwerten sich über den Lärm. Die Grünanlage ist übernutzt. Sie ist einer der letzten Freiräume im Bezirk. Auf Anregung der „Freunde des Mauerparks e.V.“ wird nun gemeinsam nach Lösungen gesucht.

Anschließend berichtete Bezirksbürgermeister Sören Benn (DIE LINKE) von den aktuellen Entwicklungen. Aus dem Vermögen der ehemaligen Parteien und Massenorganisationen der DDR erhält Pankow Geld zur Wiederherstellung des Turms der Schlosskirche Buch, für die Sanierung der Remise der Brotfabrik und drei maroder Spielplätze. Außerdem hat der Bezirk sein Vorkaufsrecht für die Gleimstraße 56 ausgeübt. Benn wies zudem auf das Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht“ hin. Die BVV Pankow hält am 14. November dazu eine Sondersitzung ab.

Zudem beschloss die BVV viele Anträge. So wurde der Antrag der Linksfraktion

gang mit obdachlosen Menschen geht. Die BVV beschloss den Antrag der Linksfraktion „Schulbauoffensive digital transparent machen“. Das Bezirksamt soll auf der Website über die aktuellen Schulbau- und -sanierungsmaßnahmen informieren.

Gegen die Stimmen der AfD fand der Antrag der Linksfraktion zur Umsetzung der „Charta der Vielfalt“ eine Mehrheit. Der Antrag „Keine Werbung der Bundeswehr an Pankower Schulen“ wurde gegen die Stimmen von FDP, CDU und AfD beschlossen.

Zuletzt bekam der Antrag der Linksfraktion „Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ‚ReachOut‘ bekannter machen“ eine Mehrheit. Die CDU enthielt sich, die AfD machte dagegen erwartungsgemäß Stimmung.



Matthias Zarbock
Vorsitzender der
Linksfraktion

Gleimstraße 56: „Wir sind der Kiez“

Vorkaufsrecht gegen Verdrängung

Es war Mitte Juni, als die ersten Nachrichten vom bevorstehenden Verkauf des ungesanierten Hauses in der Gleimstraße 56 bei mir eintrafen. Die Einladung der Mieter*innen zu einer Hausbegehung nahm ich gerne an. Die Hausgemeinschaft ist das, was den Prenzlauer Berg ausgemacht hat und leider immer seltener wird. Eine Kita, ein Gewerbe, Alte, die schon immer da leben, alleinerziehende Frauen mit Arbeitsplatz im Zimmer und Künstler*innen, die ihre bescheidenen Quadratmeter vollumfänglich der Kreativität opfern.

Auch Stadtentwicklungsstadtrat Kuhn (Grüne) war gekommen. Er wies darauf hin, wie schwierig alles ist und ein hoher Kaufpreis die Ausübung des Vorkaufsrechtes erschwert.

Trotzdem: Handeln war gefragt. Noch vor der Sommerpause beschloss die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf Initiative von SPD und LINKEN, dass das Bezirksamt den beabsichtigten Verkauf des Hauses in der Gleimstraße 56 gründlich prüfen soll. Das Haus liegt im Milieuschutzgebiet. Deshalb sollte mit dem potentiellen Käufer eine Abwendungsvereinbarung getroffen werden, um die Verdrängung der Mieter*innen zu verhindern. Zudem wurde das Bezirksamt aufgefordert, parallel die Ausübung des Vorkaufsrechtes vorzubereiten.

Zunächst schien die Situation jedoch vertrackt. Ob des hohen Kaufpreises hatte ein kommunales Wohnungsunternehmen schon abgelehnt. Acht Millionen Euro muss man mit günstigen Mieten erstmal wieder reinspielen. Zwar war das Wertgutachten aus dem Bezirk mit sieben Millionen Euro deutlich günstiger. Der Kaufpreis war aber immer noch mehr als 20 Prozent teurer als das Gutachten. Eine Grenze, die üblicherweise durch den Finanzsenator Kollatz (SPD) nicht überschritten wird, um die Ausübung des Vorkaufsrechtes finanziell zu unterstützen.

Die Hausgemeinschaft gab jedoch nicht auf und organisierte weitere Öffentlichkeit. Zu den wöchentlichen Protestspaziergängen durch das Gleimviertel kamen andere Betroffene aus dem Kiez und auch

Landtags- und Bundestagsabgeordnete, um sich zu informieren. Schließlich orga-

Gesobau gefunden wurde, die Übernahme des Hauses in der Gleimstraße 56 zu stem-



Spazieren für das Vorkaufsrecht



Milieuschutz geht alle an

nisierte die Hausgemeinschaft - u.a. mit Hilfe der Fraktionsspitze der LINKEN aus dem Abgeordnetenhaus - ein Treffen mit dem Finanzsenator, der schließlich seine Unterstützung signalisierte.

Nun war es also am Bezirksamt in Pankow, die letzten Schritte zu gehen. Eine Woche vor Ablauf der Frist erläuterte Stadtrat Kuhn, dass die Verhandlungen zur Unterzeichnung einer Abwendungsvereinbarung mit dem privaten Hauskäufer gescheitert waren. Gleichzeitig berichtete Kuhn aber, dass mit Hilfe der Mieter*innen und dem Finanzsenator ein Weg mit der

men. Ein bisschen gezittert wurde dann noch, ob rechtzeitig ein Beschluss durch das Bezirksamt gefasst wird. Aber noch vor Ablauf der Frist meldete der Stadtrat Vollzug. Pankow hat zum ersten Mal sein Vorkaufsrecht ausgeübt und eine Hausgemeinschaft vor den privaten Renditeinteressen geschützt. Die Mieter*innen haben uns mal wieder gezeigt, dass gemeinsam kämpfen sich lohnt.



Fred Bordfeld
Bezirksverordneter

Diplomatische Grenzüberschreitungen

Bundesregierung schränkt Bewegungsfreiheit von Auslandsvertretern ein

Es ist einige Wochen her, da besuchte der Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Korea, Pak Nam Yong, die Lutherstadt Wittenberg. Er reiste auf Einladung der Stadtoberen in das einstige Zentrum der Reformation und trug sich dort auch in das Goldene Buch der Stadt ein. Im Auswärtigen Amt hat das einigen Unmut erzeugt, denn dem Botschafter war aufgetragen worden, Reisen außerhalb von Berlin und Brandenburg vorab dort zu notifizieren, also anzumelden. Was er wohl versäumte. Die Gemeinde Wittenberg in Sachsen-Anhalt grenzt unmittelbar an die Landesgrenze zu Brandenburg.

Ich finde eine solche Einschränkung der Bewegungsfreiheit von in Deutschland akkreditierten Diplomaten einem demokratischen Gemeinwesen unwürdig und fragte bei der Bundesregierung nach, welche Botschaften von einer solchen Regelung betroffen sind und womit eine solche Anmeldepflicht begründet wird. Die Antwort von Staatssekretär Andreas Michaelis aus dem Auswärtigen Amt fiel schmallippig und widersprüchlich aus. In Deutschland würden akkreditierte Dip-



Eingang zur nordkoreanischen Botschaft in der Glinkastraße.

lomaten grundsätzlich keiner Einschränkung der Bewegungsfreiheit unterliegen – es sei denn, das Gegenseitigkeitsverhältnis mache dies erforderlich. Bei welchen diplomatischen Vertretungen es derartige Erfordernisse gibt, darüber schweigt sich das Auswärtige Amt allerdings aus. Ich finde, es werden Attitüden aus den Zeiten des Kalten Krieges gepflegt, wenn die Bundesregierung die Bewegungsfreiheit von Diplomaten einschränkt und

fordere deshalb von ihr, die volle Bewegungs- und Reisefreiheit in Deutschland für die Mitglieder aller diplomatischen Vertretungen zu gewährleisten, bei für alle gleichermaßen geltenden Beachtung der bestehenden Gesetze zur nationalen Sicherheit.



Stefan Liebich, außenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

+++ Kurz aus dem Kiez +++ Kurz aus dem Kiez +++ Kurz aus dem Kiez +++

> Theater o.N.

Mitte September kehrte das Theater o.N. an seine Wirkstätte in der Kollwitzstraße 53 zurück. Das Theater hat seine Wurzeln in der DDR. Bereits in den 70er Jahren gründete sich die erste freie Theatergruppe. Letztes Jahr drohte, dass der Mietver-



trag für das Theater wegen angeblicher Lärmbelästigung nicht verlängert wird. Durch zähe Verhandlungen des Theaters, unterstützt von Bezirksbürgermeister Benn und Kultursenator Lederer (beide DIE LINKE), konnte der Mietvertrag um vier Jahre verlängert werden. Der dazu notwendige Schallschutz wurde dank finanzieller Unterstützung der Senatskulturverwaltung eingebaut.

> Piesporter Straße I

Die Linksfraktion fordert, die Tempo-30-Zone auf der Piesporter Straße bis zur Straße „An den Feldtmanngärten“ zu verlängern. Auf Höhe der Liebermannstraße endet die bisherige Tempo-30-Zone, die Piesporter Straße verbreitert sich. Da-

durch beschleunigt der Verkehr stark. Der damit verbundene Lärm wird insbesondere in der Nacht noch intensiver, weil in Höhe der Feldtmanngärten die Gleise der alten Industriebahn in der Straße verblieben sind.

> Piesporter Straße II

Eine langfristige Lösung des Lärmproblems erhofft die Linksfraktion durch einen Antrag zu erreichen, in dem das Bezirksamt gebeten wird zu prüfen, ob und zu welchen Kosten die Gleise in der Piesporter Straße, Höhe „An den Feldtmanngärten“ entfernt werden können. Wegen der nahen Wohnbebauung ist eine Wiederinbetriebnahme der Bahnstrecke unmöglich.

Mogelpackungen

Tram hat Vorfahrt

Manche "Verbesserungs"-Vorschläge werden gemacht, um sicher zu gehen, dass alles so schlecht bleibt, wie es ist. In dieser Disziplin ist die Politik des Berliner Senates seit Jahrzehnten Spitze. Sie erlaubt es obendrein, den größten Unsinn unter Volk zu bringen. Ein beliebtes Terrain für solche "Kompetenzsimulationen" ist der Öffentliche Nahverkehr, insbesondere die leidige U-Bahn-Diskussion.

Neulich hat sich die Wirtschaftsministerin Pop (Grüne) damit gebrüht, "persönlich" dafür gesorgt zu haben, eine erneute Prüfung der Verlängerung der U9 von der Osloer Straße nach Pankow in den Entwurf des neuen Nahverkehrsplanes aufzunehmen. Es gibt zwar einen Koalitionsvertrag, der das ausschließt. Aber um den Koalitionsvertrag kümmern sich andere auch nicht.

Ärgerlich ist allerdings, wenn über dieses Engagement andere Aufgaben der Wirtschaftsministerin in Sachen Verkehr liegen bleiben. Etwa, dass Gewerbegebiete – wie zum Beispiel in der Flottenstraße – einen Gleisanschluss bekommen. Damit der Wirtschaftsverkehr dahin gelenkt wird, wo er



Schönhauser Allee / Kastanienallee

hingehört: auf die Schiene. Damit Bürgerinnen und Bürger in Wilhelmsruh und Rosenthal endlich vom Durchgangs-(Wirtschafts-)verkehr entlastet werden.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Ich habe gar nichts gegen U-Bahn-Träumereien. Sie lösen nur keines unserer aktuellen Nahverkehrsprobleme. Darum ist es sträflich, auf solche Träumereien personelle und finanzielle Ressourcen zu verschwenden. Das bedeutet, alles geht langsamer voran. Alle U-Bahn-Verlängerungen, die jetzt wieder geprüft werden sollen, sind schon x-mal geprüft und verworfen worden.

Als Berlin begann, eine U-Bahn zu bauen, besaß die Stadt ein Straßenbahnnetz, von dem wir heute nur träumen können. Die U-Bahn hatte die Aufgabe, schnell große Entfernungen zu überwinden. Aber die mittleren Entfernungen, die den Hauptteil der Wege in der Stadt ausmachen, dafür gab es ja die Straßenbahn.



Da aber muss die Stadt wieder hinkommen. Alles andere ist eine Mogelpackung.

Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

Klothilde muss wiederkommen

Gemeinsam mit der SPD setzt sich die Linksfraktion für die Wiederinbetriebnahme



Die alten Container des Jugendclubs Klothilde

me der Jugendfreizeiteinrichtung „Klub Klothilde“ an dem bisherigen Standort auf dem Gelände der Konrad-Duden-Schule ein.

2014 wurde das Versprechen gegeben, dass nach der Fertigstellung des Erweiterungsbaus der Konrad-Duden-Schule dort wieder eine Fläche für die Freizeiteinrichtung ‚Klothilde‘ zur Verfügung gestellt wird. Nachdem auf dem Grundstück nunmehr ein modularer Ergänzungsbau errichtet wurde, fordern LINKE und SPD vom Bezirksamt, dieses Versprechen zügig umzusetzen. Unterstützt

werden sie in diesem Anliegen von Stefan Liebich, dem direkt gewählten Bundestagsabgeordneten für Pankow. In einer Stadt, in der die Flächen für Gemeinbedarf immer knapper werden, dürfen Schulen und Jugendeinrichtungen als zentrale Teile der sozialen Infrastruktur nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Der „Klub Klothilde“ ist ein wichtiger Bezugspunkt für die Jugendlichen sowie ein starker Partner für die Schule und den Kiez. In Niederschönhausen wäre diese Einrichtung das einzige stationäre Angebot und es muss wiederkommen.



Paul Schlüter
Bezirksverordneter

> Gute Arbeit

Das Berliner Vergabegesetz wird novelliert. Die Linksfraktion Berlin hat hierfür ihre Eckpunkte benannt. Klar ist: „Öffentliches Geld nur für gute Arbeit“. Prekäre Beschäftigung und Dumpinglöhne dürfen nicht durch öffentliche Aufträge honoriert



werden. Nur diejenigen Unternehmen sollen Aufträge erhalten, die sich zur Bezahlung ortsüblicher Tarife verpflichten.

Um Armut in der Stadt zurückzudrängen, muss der Vergabemindestlohn mindestens auf die unterste Lohngruppe des Tarifvertrages der Länder angehoben werden. Das heißt mindestens 10,50 bis 11,30 Euro je Stunde.

Genauso sollen soziale, beschäftigungspolitische, umwelt- und nachhaltigkeitsbezogene Kriterien in das Vergaberecht einbezogen werden. Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung soll gefördert, die Arbeitsmarktintegration von Langzeitarbeitslosen und Geflüchteten stärker als bisher berücksichtigt sowie Fair-Trade-Ansätze in der Beschaffung gestärkt werden.

Kontrollmöglichkeiten müssen verbessert und verschärft werden, um dies alles auch durchzusetzen. Das größte Auftragsvolumen des Landes Berlin werden Bauleistungen umfassen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse und Schwarzarbeit im Bausektor belasten auch seriöse Unternehmen und verzerren den Wettbewerb. Damit dies künftig ausgeschlossen wird, soll eine Verpflichtung zur Vorlage einer „qualifizierten Sozialkassenbescheinigung“ und die Begrenzung von Subunternehmerketten eingeführt werden.

Die Redaktion

> Kostenloser ÖPNV

Rot-Rot-Grün in Berlin will, dass künftig die „Abstandsregelung“ beim kostenlosen Schülerticket für Kinder und Jugendliche mit berlinpass wegfällt. Dafür soll Geld locker gemacht werden.

Aufgrund von Vorgaben des Bundes



gilt beim Ticket für Schüler*innen mit „berlinpass-BuT“ bislang, dass der Schulfahrtweg zur Grundschule mindestens einen Kilometer bzw. zwei Kilometer zur Oberschule betragen muss. Erst dann haben Schüler*innen seit dem 1. August 2018 ein Anspruch auf das kostenlose Schülerticket. Kinder mit berlinpass, die zu nah an der Schule wohnen, bekommen bislang das kostenlose Ticket nicht.

Zirka 43.000 Schüler*innen (32 Prozent) kauften letztes Jahr das damals ermäßigte Schülerticket. Zum 1. August 2018 machte rot-rot-grün das Ticket kostenlos. Mit einer Steigerung auf etwa 96.000 Schüler*innen (70 Prozent) wird gerechnet. Bei Wegfall der Kilometergrenzen könnten etwa 139.900 Kinder und Jugendliche in Berlin das kostenlose Schülerticket nutzen.

Carola Bluhm und Udo Wolf, die Vorsitzenden der Berliner Linksfraktion, erklärten dazu: „Mobilität ist eine Voraussetzung dafür, um am Leben in der Stadt teilzuhaben und seinen Interessen und Hobbys nachzugehen. Dass dies Kindern und Jugendlichen aus Familien mit wenig Geld verwehrt bleiben soll, nur weil sie zu nah an der Schule wohnen, ist nicht nachvollziehbar. Gut, dass wir das hier in Berlin nun ändern.“

Die Redaktion

> Wohnungstausch bei gleicher Miete

Das verspricht Berlins Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (DIE LINKE). Dafür wurde jetzt eine Tauschbörse eingerichtet. Viele Menschen leben in Berlin in zu großen Wohnungen, weil bspw. die Kinder ausgezogen sind. Eine kleinere



Wohnung konnten sie sich oft nicht leisten. Der neue Mietpreis wäre teurer als in der bisherigen Wohnung. Neuvermietungen liegen in Berlin bei mehr als 10,15 Euro je Quadratmeter nettokalt. Junge Familien, die sich wegen Nachwuchs vergrößern wollten, fanden hingegen oftmals keine ausreichend großen Wohnungen.

Nun ist es bei den sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften seit Anfang September möglich, Wohnungen gesellschaftsübergreifend zu tauschen. Das ist bundesweit einmalig. Bei www.inberlinleben.de – klein gegen groß und umgekehrt. Dabei verpflichten sich die Wohnungsbaugesellschaften, die Kaltmiete beizubehalten. Beim Umzug zahlt man also nicht mehr als der Vormieter. Auf der Internetseite können die Mieter*innen ihr Tauschangebot einstellen und die Angebote anderer tauschwilliger Mieter*innen einsehen.

Zwar war innerhalb einer Gesellschaft auch vorher schon ein Wohnungstausch möglich, aber die Gesellschaften wollten auf die Neuvermietungspreise oftmals nicht verzichten. Das ist nun anders. Die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften haben ca. 300.000 Wohnungen. Damit erhöht sich die Chance für Mieter*innen, eine geeignete Wohnung zu finden.

Die Redaktion

**WORTWECHSEL
IM BÜRGERBÜRO**

**RECHT AUF WOHNEN
- was macht die Politik?**

**VERANSTALTUNG mit
Andrej Holm Stadtsoziologe
Carola Bluhm MdA Fraktionsvorsitzende**

DIE LINKE.

Bürgerbüro Bluhm - Seidel - Wolf Erich-Weinert-Str.6 10439 Berlin Eintritt frei / Barrierefrei

Mittwoch 21.11.2018 18:30 Uhr

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

15. Oktober • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion, in der BVV Pankow, Fraktionszimmer

• **18 Uhr Basistag DIE LINKE. Pankow,** mit Michail Nelken, Mitglied des Abgeordnetenhauses, zur Wohnungspolitik, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

16. Oktober • 19 Uhr „Italien zwischen Links- und Rechtspopulismus?“, Vortrag/Diskussion mit Friederike Hausmann, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

19. Oktober • 18 Uhr „Kultur und Politik: zwei linke Schuhe?“, Veranstaltungsreihe mit Martina Michels, Mitglied des Europäischen Parlaments, Klaus Lederer, Senator für Kultur und Europa, und Katina Schubert, Vorsitzende DIE LINKE. Berlin, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

22. Oktober • 19 Uhr „Wie kam die Deutsche Wohnen in die Welt?“, Vortrag zu Berlins größtem Vermieter und der Finanzialisierung des Wohnungsmarktes, mit Philipp Metzger (Uni Wien), Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

23. Oktober • 10 Uhr „Der strafende Staat“ – Plädoyer gegen den Populismus in der Kriminalpolitik und die Instrumentalisierung des Strafrechts, Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus mit Dr. Volkmar Schöneburg (Mitglied des Landtags Brandenburg, Brandenburger Justizminister a.D.), Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

25. Oktober • 15 Uhr „Berlin gehört uns!“, Rätebewegung und Revolution in Berlin 1919-1920, mit Dr. Axel Weipert, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

• **19 Uhr „Die Reinigung macht uns frei.“** – Über die Funktion des Kollektivschuldbegriffs im deutschen Nachkriegsdenken am Beispiel von Karl Jaspers' Schuldfrage, mit Dr. Ingo Elbe, Helle Panke, Kopenhagener Str. 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

30. Oktober • 10 Uhr „100 Jahre Novemberrevolution“ – Tapfer gekämpft, getäuscht, verraten und niedergeschlagen, Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus mit Dr. Stefan Bollinger, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28 (Nähe U Rosa-Luxemburg-Platz)

5. November • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow, Fraktionszimmer

10. November • 14 Uhr „Jüdisches Leben in Berlin Prenzlauer Berg“ - DenkMalTour mit Lara Dämmig, Treffpunkt: U Senefelderplatz, vor dem Denkmal, Schönhauser Allee 173

DIE LINKE. hilft!

**Sozial- und Mietenberatung
Bürgerbüro Bluhm – Seidel – Wolf**

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77
buengerbuero.linke@posteo.de
Do 17-18 Uhr: 11.10. / 25.10. / 8.11.

**BÜRGERBÜRO
Carola Bluhm – Katrin Seidel –
Udo Wolf**

Erich-Weinert-Straße 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77

**Wahlkreisbüro
Stefan Liebich**

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
stefan.liebich@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408 / 409

Ansprechpartner:
Talita Gergely / Diren Yapar

**DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow**

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

**Linksfraktion in der
BVV Pankow**

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel: 030 42 02 08 73
Fax: 030 42 02 08 74
kontakt@linksfraktion-pankow.de

Die Abenteuer des Erzengel Horst

Manche der politischen Winkelzüge der Bundesregierung sind über alle Maßen bedenklich. Vieles ist schon geschrieben und gesendet worden über den Nach-Oben-Sturz des notorischen Plappermauls Hans-Georg Maaßen, der jetzt doch nicht Staatssekretär

das auch der Maaßen ganz gut hineinpasst. So eines wie das weißblaue Ländchen da unten, wo das Bier und die Weißwürste auf Bäumen wachsen. Das moderne Paradies sozusagen. Dumm nur, dass die Einwohner dieses Paradieses das ein bisschen anders



wird, sondern Sonderberater im Ministerium für Heimat unter der Führung vom Horst Seehofer. Der Horst aus Bayern ist eben ein rühriger Mensch, der sich einsetzt für seine Leute. Er hat verstanden, was unter dem Begriff Bau, denn dafür ist sein Ministerium ja auch zuständig, so alles zu verstehen ist: Wir bauen uns ein hübsches Idyll, in

sehen. Auf dem Oktoberfest kostet dieses Jahr eine Maß Bier, also dort etwa 0,7 oder 0,8 Liter, 10,60 Euro. Wenn das keine höllischen Preise sind! Irgendwie gärt es da im Süden und die Paradieswächter von der CSU sehen sich mit dem seltsamen Problem konfrontiert, dass die Leute lieber raus als rein wollen, oder noch schlimmer

Impressum
 Herausgeber: DIE LINKE.
 Bezirksvorstand Berlin Pankow
 Fennstraße 2, 13347 Berlin
 Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81
 www.die-linke-pankow.de
 redaktion@die-linke-pankow.de
 V.i.S.d.P.: Sebastian Koch
 Redaktionsschluß: 27. September 2018
 Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
 Auflage: 3.400
 Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 12. November 2018.
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.
 Fotos: Dirk Lashlee, Diana Buhe, Sandra Kaliga, DIG, Michael van der Meer, Hartmut Seefeld, Oleg Myrzak, Tobias Rieder, Paul Schlüter, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Sandra Brunner
 Die **extraDrei** braucht Spenden!
 Empfänger: DIE LINKE. LV Berlin
 IBAN: DE59 100708480525 6078 03
 BIC: DEUTDEB110
 Bank: Berliner Bank
 Verwendungszweck: 505 - 810

die Wächtertruppe ablösen oder mit weit-sichtigem Personal (irgendwelchen Brillenschlangen) auffüllen möchten. Deshalb muss der Horst zeigen, dass er in der Lage ist, dieses Idyll zu schützen. Auch wenn Frau Merkel gerade nicht so hübsch lächelt wie immer, sie wird es tun, wenn Horst und seine Spezels ihr Bayern auf dem Silbertablett servieren.

Oliver Schmitt

★ leicht ★ **SUDOKU - Vitamine für's Gehirn** ★ schwer ★

		3					9	1
				9	8			2
4		2		6				8
7				1	6	8	2	
			8		4			
6		8				9	5	
	6					2	1	
	3		5		2			
	5						7	

			4	6	7			
	6						2	9
3	5	7						
				9			5	1
7							2	
6	8			5				
	7	3					6	
				8		4		7
5				6				9
							9	8

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.